

Zukunftsfähiges Deutschland

Zeitfenster 2022: Vom Dächerscan zur Solarstadt

„Inzwischen ist es fast selbstverständlich, dass Kommunen ihre solaren Dächerdaten via Internet zur Verfügung stellen“, so eine der zentralen Thesen zu diesem Thema (S. 310). Hinzu kommt, dass Interessierte in Solaranlagen auch auf fremden Dächern selbstverständlich investieren können und Dienstleistungsunternehmen sich um den reibungslosen Ablauf und Betrieb kümmern – theoretisch.



Was bisher geschah...

2008 gingen die Autor*innen bezüglich des Ausbaus von Solarenergie von einem sehr positiven Szenario aus. Und tatsächlich erfolgte zwischen 2008 und 2011 angetrieben vom Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine regelrechte Erfolgsgeschichte des PV-Ausbaus: In 2011 wurden 6 Mal so viele Anlagen installiert wie in 2008 ([Statista](#)). Damit einher ging der Aufbau von Produktionskapazitäten und die Schaffung vieler Arbeitsplätze. Mit der Reduzierung der Einsparvergütung im Jahr 2012 sanken jedoch Planungssicherheit und Wirtschaftlichkeit für die Industrie und die Zubauraten gleichermaßen.

Wo stehen wir heute – und warum?

Auch wenn seit 2017 wieder mehr Anlagen installiert werden, die jährlichen Zubauraten kamen nicht wieder an das Niveau von 2011 ran ([Statista](#)). Noch immer verschenken Städte ein riesiges Potenzial für die Entwicklung der Solarenergie auf ihren Gebäuden und auch im privaten Bereich stockt der Ausbau. Der Solarfaktor, also das Verhältnis zwischen der Fläche neu gebauter Solaranlagen und neu gebauter Dächer, liegt in vielen deutschen Städten bei unter 30 Prozent (Solarcheck 2021, LichtBlick SE).

Neben den bereits genannten strukturellen Faktoren, zeichnen sich auch administrative und rechtliche Hürden für die schleppende Entwicklung verantwortlich. Der eigentlich so günstige Sonnenstrom wurde durch künstliche Verteuerungen wie Meldepflichten, Netzregler, notwendige Gewerbeanmeldungen als Stromhändler*innen, Deckelungen und einen damit verbundenen enormen Bürokratieaufwand unattraktiv und kompliziert gemacht ([Siegel et al.](#)

[2020](#)). Nicht selten werden diese Hürden im politischen Diskurs der erfolgreichen Lobbyarbeit von Energieunternehmen zugesprochen, die sich lange gegen eine strukturelle Energiewende und die dezentrale Energieerzeugung aus regenerativen Quellen zur Wehr gesetzt haben.

Tendenzen für die kommenden Jahre

Das sogenannte Osterpaket der Ampel-Koalition im Frühjahr 2022 gibt allerdings Hoffnung für eine Beschleunigung des Ausbaus: Mit ihren ambitionierten Zielen gibt die Bundesregierung – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen, geopolitischen Lage – tatsächlich wichtige Impulse für die Solarenergie. Auch die Bundesländer ziehen mit und gehen teilweise sogar noch einen Schritt weiter: In Baden-Württemberg gilt seit diesem Jahr eine Solardachpflicht für Neubauten, ab 2023 dann auch bei Dachsanierungen. Und weitere Bundesländer ziehen nach.

PV-Anlagen sind aufgrund technologischer Verbesserungen aber längst nicht mehr nur für die Dachflächen von Interesse. Ob auf Freiflächen oder landwirtschaftlichen Flächen, im Straßenbelag oder in bzw. an Gebäudefassaden: PV-Installationen sind heute vielfältig denkbar und bedarfsorientiert umsetzbar. Dennoch gilt weiterhin, dass es eines deutlichen Bürokratieabbaus bedarf, damit die Energiewende wieder in Fahrt kommen kann: Insbesondere die Gewerbeanmeldung für die Einspeisung des über den eigenen Bedarf hinausgehenden Stroms und die notwendige Anschlussgenehmigung durch den Netzbetreiber setzen die Hürden für Endverbraucher*innen unnötig hoch. Das muss sich ändern – nicht zuletzt, wenn sich die Solarpflicht durchsetzen sollte.